

matique. Or même ce groupe a soutenu cette motion; c'est dire qu'il faut absolument la soutenir! Je vous y invite donc.

Lustenberger Ruedi (CEg, LU), für die Kommission: Am 26. September 2007 reichte Ständerat Stadler die zur Debatte stehende Motion ein. Am 19. März 2008 wurde sie vom Ständerat oppositionslos angenommen. Am 27. Oktober 2008 hat die UREK Ihres Rates über den Vorstoss diskutiert. Auch sie empfiehlt die Motion einstimmig zur Annahme. Der Vorstoss verlangt vom Bundesrat ein Konzept zur Gewährleistung der langfristigen Sicherheit vor Naturgefahren. Ein solches Konzept hat vor allem folgende vier Aspekte zu berücksichtigen: erstens die Sicherstellung des Bedarfs an Schutzmassnahmen in baulicher, planerischer und organisatorischer Hinsicht, zweitens die Sanierung grosser Korrektionsprojekte, drittens die Finanzierung der Präventionsmassnahmen, viertens den allfälligen legislatorischen Handlungsbedarf. Begründet werden die Forderungen mit der Zunahme der Zahl grosser Hochwassereignisse in den letzten Jahren.

Der Bundesrat hat in seiner Antwort die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes erkannt, er beantragt denn auch die Annahme der Motion. Ein umfassendes Konzept ist bei der Nationalen Plattform Naturgefahren (Planat) bereits in Bearbeitung. Voraussetzung dafür ist aber die Fertigstellung bzw. der Abschluss der Gefahrenkarten, was bis 2011 realisiert sein sollte.

Ich bitte Sie namens der Kommission, der Motion des Ständersates zuzustimmen.

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Der Bundesrat reiht sich in die Einmütigkeit ein.

Angenommen – Adopté

08.3762

Motion KVF-SR. Keine Senkung der Monopolgrenze vor der parlamentarischen Beratung der Revision des Postgesetzes

Motion CTT-CE. Pas d'abaissement de la limite du monopole avant le débat sur la révision de la loi sur la poste

Einreichungsdatum 10.11.08
Date de dépôt 10.11.08

Ständerat/Conseil des Etats 16.12.08

Bericht KVF-NR 20.01.09

Rapport CTT-CN 20.01.09

Nationalrat/Conseil national 05.03.09

Antrag der Mehrheit
Ablehnung der Motion

Antrag der Minderheit
(Amherd, Aeschbacher, Brélaz, Häggerle, Lachenmeier, Levrat, Nordmann, Nussbaumer, Pedrina, Simoneschi-Cortesi, Teuscher)

Annahme der Motion

Proposition de la majorité
Rejeter la motion

Proposition de la minorité

(Amherd, Aeschbacher, Brélaz, Häggerle, Lachenmeier, Levrat, Nordmann, Nussbaumer, Pedrina, Simoneschi-Cortesi, Teuscher)

Adopter la motion

Schenk Simon (V, BE), für die Kommission: Am 10. November 2008 hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständersates eine Motion eingereicht, in der verlangt wird, dass die durch den Bundesrat vorgesehene schrittweise Markttöffnung bei der Briefpost ausgesetzt wird. Mit der Motion wird versucht, den Entscheid des Bundesrates, die Monopolgrenze für Briefe per 2009 von 100 auf 50 Gramm zu senken, rückgängig zu machen. Eine allfällige Senkung der Monopolgrenze sei erst im Rahmen der Revision des Postgesetzes in Betracht zu ziehen, also frühestens in zwei bis drei Jahren.

Der Bundesrat hat kürzlich, am 5. Dezember 2008, die Ablehnung der Motion beantragt. Entgegen dem bundesrätslichen Antrag hat der Ständerat am 16. Dezember 2008 die Motion mit 20 zu 15 Stimmen gutgeheissen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates hat in der Sitzung vom 20. Januar 2009 die Motion beraten und beantragt dem Plenum mit 14 zu 11 Stimmen, die Motion abzulehnen. Ich erläutere hier im Detail die Argumente der Kommissionsmehrheit und gehe davon aus, dass die Minderheitsargumente vom Sprecher der Minderheit angeführt werden.

Die vier wichtigsten Gründe für die Ablehnung der Motion sind die folgenden:

1. Die schrittweise und kontrollierte Markttöffnung hat sich bewährt. Mit der Annahme der Motion würde man in einem gewissen Sinn in ein laufendes Verfahren eingreifen. Der erste Schritt, nämlich die Senkung der Monopolgrenze auf 100 Gramm, wurde bereits vollzogen. Die Auswirkungen waren eher gering, weil bei einer Monopolgrenze von 100 Gramm immer noch rund 90 Prozent der Briefe im Monopol der Post bleiben. Hingegen sind die Erfahrungen mit der Liberalisierung im Paketmarkt durchaus positiv, weil sich der Paketmarkt durch eine zunehmende Dynamik und Innovationskraft auszeichnet und der einsetzende Wettbewerb sogar zu einer besseren Grundversorgung beiträgt.

2. Die Folgen der Senkung des Briefmonopols auf 50 Gramm wurden eingehend untersucht. In zwei verlässlichen Studien liess das UVEK in den vergangenen Monaten die Wirkung der weiteren Briefmarkttöffnung abklären. Die Ergebnisse lassen keine Zweifel offen, dass man die Monopolgrenze schrittweise weiter öffnen kann.

Dies insbesondere auch mit Blick auf die EU. In ganz Europa, inklusive des Nicht-EU-Landes Norwegen, gilt seit 2006 die Grenze von 50 Gramm. In keinem Land hat die Grundversorgung darunter gelitten; auch Finanzierungsprobleme bei der Grundversorgung sind nicht aufgetreten.

3. Die Studien zeigen auch auf, dass durch eine Senkung der Briefmonopolgrenze mit einer preissenkenden Wirkung zu rechnen ist. Die Standortattraktivität wird verbessert, und unter dem Strich ergibt sich für die Kunden eine Steigerung des Preis-Leistungs-Verhältnisses.

4. Schliesslich steht heute auch fest, dass die finanziellen Risiken der Markttöffnung in der Vergangenheit massiv überschätzt wurden. Anstelle der erwarteten Verluste konnten die meisten Postgesellschaften ihre Erträge sogar noch steigern. Die Schweizerische Post konnte zwischen 2000 und 2007 ihren Gewinn beinahe verachtfachen. 90 Prozent des Gewinns der Post stammen aus dem Universalien. Selbst bei einer vollständigen Briefmarkttöffnung wäre kaum mit Finanzierungsproblemen in der Grundversorgung zu rechnen. Mit dem geplanten nächsten Schritt der Briefmarkttöffnung auf 50 Gramm werden bloss etwa 25 Prozent des Marktes geöffnet. Von diesem Schritt profitieren Kunden in Stadt und Land und die gesamte Volkswirtschaft.

Das Postgesetz gibt dem Bundesrat die Kompetenz, die Briefmonopolgrenze zu senken. Deshalb sieht die Mehrheit der Kommission keinen Anlass, mit der vorliegenden Motion den Bundesrat quasi zu bremsen.



Die Europäische Union wird bereits 2011 die Briefmärkte vollständig öffnen. Nachdem die Schweizerische Post vermehrt auch im Ausland aktiv ist und dort von der Marktöffnung profitiert, ist es nicht angebracht, ohne sachlichen Grund den vorgeschlagenen Kurs der Marktöffnung in unserem Land zu ändern.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Die Befürworter der Motion argumentieren insbesondere damit, dass der ländliche Raum durch die Öffnung des Briefmarktes geschwächt würde. Das Gegenteil ist der Fall. Entgegen weitverbreiteten Vermutungen liegen viele der über dreitausend Arbeitsplätze der privaten Postanbieter nicht in den grossen Agglomerationen, sondern in ländlichen Gebieten. Es handelt sich dabei einerseits um dezentrale Sortierzentren, andererseits vor allem um viele kleine Transportunternehmen, die als Subunternehmer der Postanbieter ihr Einkommen haben. Eine Kehrtwende in der angekündigten Postmarktöffnung im Sinne der Motion könnte nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefährden, es würden auch bestehende Arbeitsplätze gefährdet. Die privaten Anbieter sind darauf angewiesen, dass am ursprünglichen Plan festgehalten wird, damit sie geplante Investitionen tätigen können. Hier schliesst sich der Kreis.

Ausgerechnet jene, die die Motion unterstützen, möchten in unserer wirtschaftlich schwierigen Zeit durch das Schnüren von Investitionspaketen möglichst viel öffentliches Geld investieren. Mit der einen Hand durch das Annehmen einer wirtschaftsfeindlichen Motion Investitionen verhindern und mit der anderen Hand öffentliche Investitionskredite ausgeben – das ist etwa das Gleiche, wie wenn ich bei meinem Auto gleichzeitig auf die Bremse und aufs Gaspedal drücke.

Im Namen der Kommissionsmehrheit und im Sinne des Bundesrates bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Germanier Jean-René (RL, VS), pour la commission: La commission, par 14 voix contre 11, a clairement rejeté la motion de la CTT-CE, parce que cette décision relève, selon la loi, de la sphère de compétence du Conseil fédéral. De plus, cela va dans le sens de la politique d'ouverture annoncée par notre gouvernement, qui correspond d'ailleurs à la politique d'ouverture des marchés postaux dans toute l'Europe. Comme l'a rappelé Monsieur Schenk, rapporteur, sur les marchés européens, le dernier monopole pour le courrier pesant plus de 50 grammes a été ouvert en 2006 dans le dernier pays européen.

Il faut tout d'abord dire que le débat et la consultation à propos de la loi sur la poste ont été fortement influencés par de fausses informations, à une certaine époque, concernant les coûts du service universel. En effet, durant des années, on a régulièrement annoncé un déficit de 400 à 500 millions de francs sur le réseau, alors que la Poste faisait des bénéfices: pour l'exercice 2007, le bénéfice approchait le milliard de francs. Nous savons aujourd'hui que le service universel ne coûte pas, mais qu'au contraire il rapporte, grâce à l'avantage que représente un réseau dans un marché qui sera un jour, nous l'espérons, concurrentiel.

Le département de Monsieur le conseiller fédéral Leuenberger nous a d'ailleurs fourni deux études, Plaut Economics/Frontier Economics et BDO/WIK, qui démontrent que selon la façon de calculer les coûts, le réseau ne coûte pas. Ces analyses ont surtout montré que l'abaissement de la limite du monopole à 50 grammes ne causerait en aucun cas un problème pour la rentabilité de la Poste. Actuellement, les colis sont sur un marché ouvert et, au niveau des lettres, l'ouverture du marché a été limitée au-dessus du poids de 100 grammes, ce qui ne représente que 10 pour cent du marché et ne permet pas de prétendre à une situation concurrentielle. La situation est très peu concurrentielle, sans compter la problématique qu'il existe un risque de subventionnement croisé entre service réservé et service ouvert. L'ouverture, telle que décidée pour le mois d'avril prochain par le Conseil fédéral – qui a décidé un abaissement de la limite du monopole à 50 grammes –, ne représenterait que 25 pour cent du marché, ce qui laisse au monopole une

marge de manœuvre importante durant les années où nous étudierons la nouvelle loi sur la poste. Mais le système hybride existant entre monopole et ouverture et que nous entretiens est inacceptable, car il s'agit d'une insécurité juridique qui freine les investissements et l'emploi, pour tout le secteur économique; pour les privés qui veulent s'engager dans le marché, et pour la Poste elle-même qui ne sait pas exactement jusqu'où on ira dans l'ouverture du marché.

Pour les régions périphériques, cette situation de monopole – et cela a été démontré dans d'autres pays – permet la réduction du réseau, car il est clair que lorsque l'on a des clients captifs, on peut fermer un bureau de poste sans perdre de clients: ils se déplaceront dans le village suivant. Nous sommes inquiets au sujet des 500 offices de poste qui font l'objet d'une étude en vue de réduire le réseau. Il faut que le marché puisse s'ouvrir pour bloquer cette évolution. Vouloir attendre est donc une erreur, une erreur grave, car la situation ne va pas s'améliorer durant la période d'étude.

Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion. Je rappelle la décision de notre conseil lors de l'examen du programme de la législature: nous avions très clairement accepté le projet du Conseil fédéral de vouloir abaisser la limite du monopole à 50 grammes, par 106 voix contre 65 (BO 2008 N 737). Je vous invite à vous prononcer de manière à aller dans le sens de ce vote.

Amherd Viola (CEg, VS): Es ist klar, dass eine Senkung der Monopolgrenze in der Kompetenz des Bundesrates ist. Trotzdem verlangt der Ständerat mit einer Motion, dass die Senkung der Gewichtslimite von 100 auf 50 Gramm im Rahmen der Revision des Postgesetzes dem Parlament unterbreitet wird. Ich bitte Sie im Namen einer starken Minderheit, dieser Motion zuzustimmen. Die Gründe, die für eine Annahme der Motion sprechen, sind folgende:

1. Eine Senkung bzw. Aufhebung des Briefmonopols ohne Begleitmassnahmen und ohne klaren gesetzlichen Rahmen kann die Grundversorgung gefährden. Deshalb ist es wichtig, dass eine weitere Marktöffnung im Rahmen der Revision der Postgesetzgebung erfolgt. Damit wird gewährleistet, dass die Offnung mit den Massnahmen verknüpft wird, welche die Grundversorgung für alle Regionen unseres Landes zu gleichen Bedingungen sicherstellen.

2. In der Vernehmlassung war die Senkung des Briefmonopols durch den Bundesrat stark umstritten, weil das vorgesehene Tempo die Qualität und die Finanzierung der Grundversorgung infrage stellt. Die gesetzliche Verankerung der Grundversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine weitere Liberalisierung.

3. Es besteht im Moment keine Dringlichkeit, das Briefmonopol zu senken. Die postalische Versorgung funktioniert in der ganzen Schweiz gut. Wenn die Senkung bzw. die Aufhebung des Monopols im Rahmen der Postgesetzrevision erfolgt, entsteht kein Schaden, im Gegenteil: Es gibt die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Postmarktöffnung die Rahmenbedingungen für die Post gesamthaft anzuschauen.

4. Das Argument, dass eine Aufhebung des Monopols automatisch günstigere Preise und bessere Dienstleistungen für die Konsumenten bringe, darf nach den Erfahrungen mit der Öffnung des Strommarktes zumindest hinterfragt werden. Ich bin der Meinung, dass wir keine Experimente machen sollten und dass eine Senkung bzw. Aufhebung des Postmonopols wohlüberlegt im Rahmen der Totalrevision der Postgesetzgebung erfolgen soll und nicht jetzt, in überstürzter Weise.

Deshalb beantrage ich Ihnen im Namen der Kommissionsminderheit, die Motion des Ständerates anzunehmen.

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Der Fahrplan des Bundesrates besteht darin, auf diesen Sommer das Briefmonopol von 100 Gramm auf 50 Gramm zu senken und Ihnen in einer Botschaft die vollständige Marktöffnung vorzuschlagen, verbunden natürlich mit einer Neuorganisation der Post. Der Bundesrat hat mehrmals darüber gesprochen, ob er die Reduktion auf 50 Gramm innerhalb seiner eigenen Kompetenz auf dem Verordnungsweg durchführen will oder ob er sie als



Bestandteil des neuen Gesetzes formulieren und somit Ihnen die Gelegenheit geben soll, über diesen Teilöffnungsschritt zu entscheiden. Er ist zum Schluss gekommen, er wolle das selber machen.

Die Begründung lag insbesondere darin, dass alle europäischen Nachbarländer die Monopolgrenze ebenfalls bereits auf 50 Gramm oder darunter gesenkt haben. Weiter beruht der Entscheid auf der Tatsache, dass der Service public, d. h. die Grundversorgung, durch diese Senkung nicht gefährdet ist und dass der allergrösste Teil der Briefsendungen ja immer noch im Monopolbereich der Post liegen würde.

Der entscheidende Schritt ist also der unter die 50-Gramm-Grenze. Darüber werden Sie entscheiden können, das ist Bestandteil der Botschaft, die Ihnen unterbreitet werden kann, nachdem die Vernehmlassung abgeschlossen ist.

Von daher lehnt der Bundesrat die Motion ab.

Schenk Simon (V, BE), für die Kommission: Ich möchte nur ganz kurz auf ein Argument eingehen, das die Minderheit angeführt hat. Ich denke, der Vergleich mit der Öffnung des Strommarktes hinkt. Wir müssten hier viel eher die ersten Erfahrungen mit der Senkung der Monopolgrenze auf 100 Gramm beziehen, also Erfahrungen aus der Branche, über die wir entscheiden. Diese Erfahrungen sind durchaus positiv. Also gibt es auch aus dieser Sicht absolut grünes Licht, damit man die Motion ablehnen und am bisherigen Fahrplan festhalten kann.

Germanier Jean-René (RL, VS), pour la commission: J'aime-rais remercier Monsieur le conseiller fédéral Leuenberger d'avoir exprimé justement l'avis du gouvernement. Celui-ci vous demande cette ouverture qui, en fait, n'est pas contestée sur le fond – le principe de l'ouverture n'est pas remis en cause. Ce qui est contesté, c'est le timing, le fait qu'on l'applique maintenant. Je vous rappelle que toutes les analyses et présentations démontrent que nous pouvons ouvrir ce marché de 25 pour cent sans problème. Cela permettra de préparer le pays au futur marché qui correspond aux normes internationales.

Je vous prie de rejeter la présente motion.

*Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 08.3762/1774)*

Für Annahme der Motion ... 83 Stimmen
Dagegen ... 89 Stimmen

08.3759

**Postulat UREK-NR.
Einspeisevergütungen.
Harmonisierung der Fristen**

**Postulat CEATE-CN.
Rétribution du courant injecté
à prix coûtant. Harmoniser les délais**

Einreichungsdatum 10.11.08

Date de dépôt 10.11.08

Nationalrat/Conseil national 05.03.09

08.3760

**Postulat UREK-NR.
Regelung der Vergütungshöhe
für solarthermische
Kraftwerke**

**Postulat CEATE-CN.
Réglementation concernant le montant
de la rétribution applicable
aux centrales solaires thermiques**

Einreichungsdatum 10.11.08

Date de dépôt 10.11.08

Nationalrat/Conseil national 05.03.09

08.3761

**Postulat UREK-NR.
Effektive
Mehrkosten
der Fotovoltaik
berücksichtigen**

**Postulat CEATE-CN.
Prendre en compte
les frais supplémentaires
effectifs résultant
de l'énergie photovoltaïque**

Einreichungsdatum 10.11.08

Date de dépôt 10.11.08

Nationalrat/Conseil national 05.03.09

Rechsteiner Rudolf (S, BS), für die Kommission: Die Einführung der Einspeisevergütung zeigt auch in der Schweiz eine sensationelle Wirkung. In der kurzen Zeit von Mai 2008 bis Januar 2009 wurden Kraftwerkprojekte mit über 1200 Megawatt Leistung aus erneuerbarer Energie angemeldet. Das Bundesamt für Energie beziffert die zusätzlich angekündigte Stromerzeugung dieser Projekte auf 3229 Gigawattstunden. Diese Stromproduktion übersteigt die Menge, die zum Beispiel im Atomkraftwerk Mühleberg jährlich erzeugt wird. Die grosse Warteliste bei den Projekten legt nahe, dass nicht nur viel möglich ist, sondern dass noch mehr möglich wäre, wenn die Rahmenbedingungen in der Schweiz besser wären. Die UREK hat mit grossem Interesse von diesen neuen Entwicklungen Kenntnis genommen. Es wurden von verschiedenen Fraktionen Vorstöße eingereicht, um die Situation zu deblockieren. Auch der Bundesrat hat angekündigt, dass er dem Parlament Vorschläge zur Weiterentwicklung unterbreiten wird.

Die heute traktandierten drei Postulate befassen sich nicht mit den zulässigen Mengen, sondern drehen sich um Voll-

